



Rede  
des SPD-Kreisvorsitzenden

**Guido van den Berg**

anlässlich des zweiten  
„Politischen Ascherdonnerstags“  
der SPD-Pulheim

**am 18. Februar 2010  
im Kultur- und Medienzentrum  
in Pulheim**

Es gilt das gesprochene Wort.

[www.guido-vandenberg.de](http://www.guido-vandenberg.de) ■ [www.rhein-erft-spd.de](http://www.rhein-erft-spd.de)

Lieber Dierk, lieber Peter, lieber Florian,  
liebe Freunde der SPD-Pulheim,  
verehrte Gäste,

zunächst einmal ein Dank an die Pulheimer Sozialdemokraten für diese Veranstaltung. Sie hat mir im vergangenen Jahr viel Freude gemacht. Und es wird heute auch so sein. Ich bin froh, dass ihr mich wieder eingeladen habt. Nach den vielen Guido-Witzen zu Karneval erschien mir das nicht selbstverständlich zu sein. Es heißt ja: Man kann nix für die Verwandtschaft. Ich will sagen: Man kann erst recht nix für Namensvetter, die eine Populismus-Welle machen.

Wenn jemand das vom Verfassungsgericht bestätigte Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum als «anstrengungslosen Wohlstand» diffamiert, dann beleidigt er nicht nur pauschal alle Bezieher von Arbeitslosengeld II, sondern er beleidigt auch das Bundesverfassungsgericht.

Manchmal bekommt man interessante Dokumente zugeschickt. So in diesen Tagen eine Musterrede des CDU-Landesverbandes. Mit dem 25-seitigen Manuskript sollen die Landtagskandidaten der CDU ihre Reden halten. Man spürt nichts mehr von der landesväterlichen, präsidentialen Darstellung, die bisher für Herrn Rüttgers vorgesehen war. Gleich zu Beginn heißt es da:

*„Die SPD hat sich für einen Dauerwahlkampf in Nordrhein-Westfalen entschieden, da werden wir nicht mitmachen. Wir können es uns in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht leisten, einen Dauerwahlkampf zu führen (...) Deshalb beginnt der Wahlkampf der CDU erst nach Ostern.“*

Man fragt sich da nur, warum die Landes-CDU erstmals acht regionale Neujahrsempfänge veranstaltet hat. Man fragt sich, was denn die von der CDU bezahlte exklusive Zuhör-Tour sein soll. Und man fragt sich, warum auf Veranlassung der Staatskanzlei NRW in Kürze ein großer zweitägiger Kongress „Petersberger Convention“ im Luxushotel mit viel Prominenz durchgeführt werden soll, der den Steuerzahler etwa eine halbe Million Euro Kosten soll. Mit Wahlkampf hat das alles bestimmt nichts zu tun.

In der Musterrede, die die CDU-Kandidaten halten sollen, steht übrigens nix über die Steuer-Rabatte für Hoteliers und die Mövenpick-Spenden an FDP und Union. Es steht auch nix über die dramatischen Finanzausfälle für unsere Kommunen, die durch die Steuersenkungspläne für Lobbygruppen entstehen. Alles Dinge, die Herr Rüttgers und Herr Pinkwart als stellvertretende Parteivorsitzende bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages mitbeschlossen haben. Alles Dinge, die sie im Bundesrat unterstützt haben.

Über die Steuersenkungen für Hoteliers, Unternehmen und reiche Erben wollen CDU und FDP erst nach dem 9. Mai reden. Demnächst sollen weitere 20 Milliarden Euro folgen. Sie wollen erst nach der Landtagswahl offenbaren, dass es letztlich durch diese Pläne zur Schließung von Schwimmbädern, KITAS und Krippen in den Kommunen kommen wird. Und sie wollen erst nach dem 9. Mai darüber sprechen, dass die Staatsverschuldung weiter steigen wird – auf Kosten der künftigen Generationen. Die wollen erst nach dem 9. Mai darüber sprechen. Wir dürfen und werden allerdings früher darüber sprechen.

Nach Meinung der FDP geht es offenbar nicht um diese absehbaren Probleme. Stattdessen hat die FDP unseren Sozialstaat als Problem identifiziert. Nach Auffassung des obersten FDP Hobby-Historikers sei der Sozialstaat eine „Einladung zur spätrömischen Dekadenz“. Das offenbart massive Wahrnehmungsstörungen und geschichtlichen Fortbildungsbedarf.

Es hat nichts mit Müßiggang und Bequemlichkeit zu tun, wenn Menschen durch die grenzenlose Gier von Spekulanten und das verantwortungslose Zocken von Managern ihre Arbeit verlieren und darum Unterstützung brauchen. Unsere Probleme bestehen nicht darin, dass Hartz-IV-Empfänger bei einem Regelsatz von 359 Euro kistenweise Aldi-Sekt kaufen und auf alten Sofas aus dem Second-Hand-Möbellager wilde Orgien feiern!

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Es ist die beschworene „Leistungsverweigerung“, wenn einer bestimmten Klientel systematisch leicht gemacht wird, ausschließlich von Finanzmarktgeschäften und Spekulationsgewinnen zu leben, die mit der realen Wirtschaft nichts mehr zu tun haben. Wenn man über spätrömische Dekadenz im heutigen Deutschland reden will, so muss man wohl zu allererst über eines sprechen, nämlich die Klientel der Besserverdienenden in diesem Land, die fette Boni wollen. Und man muss über die Klientelpolitik sprechen, die Gier und Absahner begünstigt.

Herr Westerwelle sollte das noch einmal nachlesen: Der Untergang des Imperium Romanum hatte sicher viele Gründe. Und wenn Dekadenz dabei war, so sicher die der intellektuell korrumpierten und luxussüchtigen Elite. Es war etwa ein Prozent der Bevölkerung, das alle Reichtümer Roms unter sich aufteilte. Die Dekadenz des Imperium Romanum ging daher ganz sicher nicht von der verarmten Unterschicht aus.

Heiner Geißler hat zu Recht daran erinnert, dass die spätrömische Dekadenz darin bestand,

*„dass sich die Reichen nach ihren Fressgelagen in Eselsmilch gebadet haben und der Kaiser Caligula einen Esel zum Konsul ernannt hat.“*

Der ehemalige CDU-Generalsekretär meinte dazu, dass somit Westerwelles Vergleich richtig sei, denn

*“vor 100 Tagen ist ein Esel Bundesaußenminister geworden.“*

Was sollen wir mehr dazu sagen?

Die Forderungen aus der FDP und von Teilen der Union nach einem „neuen Sozialstaat“ macht Unterschiede deutlich: Einige Konservative und die Marktradikalen betrachten das Soziale im Kern offenbar immer noch als Almosen. Die Empfänger sollten dankbar sein. Die Mildtätigkeit der Spender verleiht ein gutes Gewissen. Das ist der Klassen- und Ständestaat, gegen den Sozialdemokraten 1863 aufgestanden sind. Wir haben das Soziale als Recht begriffen. Als individuelles Menschenrecht. Deshalb haben wir einen Sozialstaat aufgebaut, der auf Pflichten und Rechten für jeden aufbaut. Und nicht auf der Barmherzigkeit einzelner. Unsere Überzeugung ist: Menschen sind nicht gleich, aber sie sind gleich viel wert.

Und auch zum von der FDP strapazierten Begriff der „Leistungsträger“ muss etwas gesagt werden: Das sind nicht nur Ärzte, Hoteliers, Unternehmer und Steuerberater. Leistungsträger sind vor allem auch die Verkäuferin, die Krankenschwester, der Facharbeiter und viele Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, aber davon oft nicht leben können und ergänzend Leistungen beantragen müssen.

Wer wie Union und FDP die Zuverdienstgrenze für Arbeitslose erhöht, zugleich aber gesetzliche Mindestlöhne ablehnt, macht so Arbeitgeber, die anständige Tariflöhne zahlen, zu den Dummen. Hier wird die wirkliche Dekadenz schwarz-gelber Regierungspolitik besonders deutlich. Man benachteiligt tariftreue Unternehmen systematisch. Gerade der selbsternannte Arbeiterführer Rüttgers bestraft mit seiner Forderung nach staatlichen Dauersubventionen für einen wachsenden Niedriglohnssektor die bislang fair nach Tarif zahlenden Arbeitgeber.

Wir werden in den kommenden Monaten auch über den Kniefall vor den Ärzte- und Apothekerverbänden sowie der Pharmaindustrie sprechen. Wir werden über die nach dem 9. Mai geplante Einführung der Kopfpauschale sprechen, ganz im Interesse der privaten Krankenversicherung und mit der absehbaren Folge eines gewaltigen Kostenanstiegs. Millionen von gesetzlich Versicherten werden Milliarden Zusatzkosten tragen und zu Bittstellern gemacht.

Es lohnt auch über Energiepolitik zu sprechen. Schwarz-Gelb lässt uralte Pannemeiler weiter laufen, damit Milliarden Euro in die Kassen von großen Energieerzeugern gespült werden. Die Förderung Erneuerbarer Energien fährt Schwarz-Gelb gleichzeitig zurück. Im Interesse der Energie-Multis hat Herr Rüttgers übrigens auch bei der Braunkohle gehandelt: Es ist richtig, dass Rot-Grün in NRW den Bau neuer Kraftwerke genehmigt hatte, bei uns war allerdings die Abschaltung von Altanlagen Teil des Deals. Bei Herrn Rüttgers sieht das anders aus, jetzt darf soviel Kohle wie nie in uralten CO<sub>2</sub>-Dreckschleudern verbrannt werden. Klare Ansage von uns: Hannelore Kraft und die NRW SPD werden endlich dafür sorgen, dass die ältesten Anlagen vom Netz gehen.

Was mit dem gefährlichen Atommüll passieren soll, bleibt offen. Ich bin übrigens dagegen, dass die Genehmigung für die Zwischenlagerung von gegenwärtig 153 Castor-Behältern in Jülich verlängert wird. Herr Rüttgers vermeidet hier eine Aussage. Wir fordern ihn auf, Stellung zu beziehen.

In der eingangs erwähnten Musterrede steht auch nichts zu dem Umstand, dass die Bildungshürden für Kinder aus nicht vermögenden Elternhäusern höher geworden sind. Die SPD hat bei ihrer Gründung zu allererst Arbeiterbildungsvereine gegründet. Aus guten Gründen. Wir wissen, dass Bildung ein Menschenrecht ist. Wir wissen, dass Menschen Bescheid wissen müssen, wenn sie mitbestimmen sollen. Bei Rüttgers und seinen Studiengebühren hängt der Bildungserfolg eines Kindes wieder von Papas und Mamas Geldbeutel ab. Das wollen wir ändern.

Die Musterrede der CDU ist auch zum Schluss verräterisch. Nach der Vorstellung der Düsseldorfer CDU-Zentrale sollen die drei CDU-Kandidaten im Rhein-Erft-Kreis in ihren künftigen Reden folgendes sagen:

*„Die Linke will alle – und ich betone alle – privaten Hausbesitzer enteignen. (...) Eine solche Massenenteignung werden wir nicht zulassen.“*

Dann sollen sie über die Abschaffung des Gymnasiums, die Freigabe von Haschisch und die Verstaatlichung von Unternehmen sprechen. Kurzum: Die Kandidaten haben den Auftrag, Angst zu schüren.

Das ist das exakte Gegenteil von „Versöhnen statt spalten“. Es ist eine Schande, dass dieser Ministerpräsident sich selber immer wieder mit Johannes Rau vergleichen will, eine „Kinder statt Inder“-Kampagne führte, rumänische Gastarbeiter beschimpft und Chinesen verunglimpft. Jetzt soll es einen abstrusen Rot-Front Wahlkampf geben. Johannes Rau würde sich im Grabe umdrehen.

Es gibt viel zu tun. Der Karneval ist mit dem Aschermittwoch vorbei. Sorgen wir dafür, dass die Narretei in NRW am 9. Mai endet. Dann wird auch Herr Rüttgers seine Verkleidung als Arbeiterführer ablegen müssen. Auf geht's. Franz-Josef hat das Wort. Glückauf!